



Blatteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Rthl., außerhalb incl. Porto 2 Rthl. 15 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Preussisch 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 214. Mittags-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 8. Mai 1868.

Deutschland.

O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

7. Sitzung des Zollparlamentes. (7. Mai.)

Eröffnung 11 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt, am Tische des Zollbundesrates Graf Bismarck, Delbrück und achtzehn Commissare. Das Haus ist vollständig besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die Schlussberatung über den Antrag der Abgg. Mey, Bamberg, Bluntzschl und Genossen auf Erlass folgender Adresse an den König von Preußen:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König, Allergrädigster König und Herr!“

1) Das von Ew. Majestät berufene deutsche Zollparlament fühlt sich als Vertretung des deutschen Volkes gedrungen, Zeugnis abzulegen von dem Streben der Nation.

2) Ew. Majestät bestätigen, wie das Bedürfnis des deutschen Volkes nach der Freiheit inneren Verkehrs und die Macht des nationalen Gedankens den deutschen Zollverein allmählig über den größten Teil Deutschlands ausgedehnt hat.

3) Wir leben der Ueberzeugung, daß jenes Bedürfnis unserer Nation die Freiheit auf allen Gebieten fördern und die Macht dieses nationalen Gedankens auch die vollständige Einigung des ganzen deutschen Vaterlandes in friedlicher und gedeiblicher Weise herbeiführen wird.

4) Eine naturgemäße Entwicklung hat zur Vertretung der gesammten deutschen Nation bezüglich ihrer wirtschaftlichen Interessen geführt. Die seit Jahrzehnten vom deutschen Volke erstrebte und seiner Zeit von sämtlichen deutschen Regierungen als unabwiesbares Bedürfnis anerkannte nationale Vertretung für alle Zweige des öffentlichen Lebens kann unserem Volke auf die Dauer nicht vorenthalten werden.

5) Die Liebe zum deutschen Vaterlande wird die inneren Hindernisse zu beseitigen wissen. Die nationale Ehre wird das ganze Volk ohne Unterschied der Parteien zusammenführen, falls von Außen versucht werden sollte, dem Drange des deutschen Volkes nach größerer politischer Einigung entgegen zu treten.

6) Unsere Nation achtet fremdes Recht und wünscht friedlichen Verkehr mit allen ihren Nachbarn. Sie darf daher Gleiches von Andern erwarten, falls ihr das eigne Wohl eine Veränderung in ihren inneren Einrichtungen nöthig erscheinen läßt.

7) Die angekündigten Vorlagen werden wir mit pflichtmäßigem Ernst prüfen. Das gemeinsame deutsche Interesse wird unsere Beschlüsse leiten. 8) Den Handelsvertrag mit Oesterreich nehmen wir mit besonderer Genauigkeit entgegen. Wir legen auf die freundlichen Beziehungen zu dem durch Stammesverwandtschaft und mannigfache Bande eng mit uns verbundenen Nachbarlande einen hohen Werth.

9) Wir vertrauen, daß es Ew. Majestät vergönnt sein werde, getragen durch die vereinte Kraft der deutschen Nation und im Einverständnis mit Ew. Majestät hohen Verbündeten, den Ausbau des gemeinsamen Werkes zu vollenden, dessen Abschluß Sicherheit, Macht und Frieden nach Außen, wie materielle Wohlfahrt und geistliche Freiheit nach Innen verbürgt.

Von den beiden Referenten beantragt Abg. v. Bennigsen die vorstehende Adresse anzunehmen, Abg. Frhr. v. Thüngen sie abzulehnen.

Außerdem liegen drei Anträge auf einfache Tagesordnung vor:

1) Von den süddeutschen Abgg. Frhr. v. Arctin, v. Mittnacht und Gen. ohne Hinzufügung von Grüben.

2) Von dem Abg. v. Wländenburg, unterstützt von den Rechten (Graf Stolberg, v. Bodelschwing, Graf Bassow u. A.): Das Zollparlament wolle beschließen, über den Antrag der Abgg. Mey und Genossen zur einfachen Tagesordnung überzugehen auf Grund des § 51 der Geschäftsordnung. Motive: Die Neugestaltung des Zollvereins auf Grund des Vertrages vom 8. Juli vorigen Jahres und die anderweit geschlossenen Verträge gewähren den berechtigten Ansprüchen der deutschen Nation auf eine wirksame Einigung ihrer Staatskräfte ein betriebendes Unterpfand, und nur ein einmütiges Zusammenwirken für die dem Zollparlamente obliegenden Aufgaben ist geeignet, die Erreichung jenes Zieles zu fördern.

3) Von den Abgg. Reichensperger, Windthorst, v. Malindrodt, von Kleinsorgen u. a. Mitgliedern der bündnisstaatlichen Fraction: Das Zollparlament wolle beschließen: über den Antrag Mey u. Gen. gemäß § 51, Alinea 2 der Geschäftsordnung zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Gründe: Nach Artikel 3 und 7 des Vertrages vom 8. Juli 1867 ist die Zuständigkeit des Zoll-Parlamentes auf die dort näher bezeichneten Zoll- und Steuerangelegenheiten beschränkt und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß auf andere als die vorstehend bezeichneten Angelegenheiten die Zuständigkeit des Zollparlamentes sich nicht erstreckt. Nach Art. 9, § 4 ibid. hat das Zollparlament daher auch nur innerhalb des Reiches der im Artikel 7 bezeichneten Angelegenheiten das Recht, Gesetze vorzuschlagen und an dasselbe gerichtete Petitionen dem Bundesrath des Zollvereins resp. dessen Vorsitzenden zu überweisen.

Durch den beantragten Adress-Entwurf wird diese vertragsmäßig feststehende Zuständigkeit weit überschritten, indem derselbe das Zollparlament als „Vertretung des deutschen Volkes“ generell bezeichnet und die Frage der künftigen politischen Gestaltung Deutschlands seiner Cognition durch Mehrheitsabstimmung unterzieht. Eine solche Machtüberschreitung ist nicht geeignet, die gedeibliche Ordnung der öffentlichen Rechtsverhältnisse Deutschlands zu fördern, weil sie den berechtigten Widerstand der außerhalb des norddeutschen Bundes stehenden deutschen Staaten und Stämme hervorruft und so die bundesstaatlich-constitutionelle Einigung des Gesamt-Vaterlandes erschwert.

Endlich liegen zwei Anträge auf motivirte Tagesordnung vor: 1) Von den Abgg. Her-og v. Ujest, v. Roggenbach, Böhl und Feustel unterstützt durch die Freiconservativen, durch Marquard, Barth, Schwinn, Jordan, v. Stauffenberg u. a. Süddeutsche;

Das Zollparlament wolle beschließen: In Erwägung, daß die Neugestaltung des Zollvereins auf Grund des Vertrages vom 8. Juli vorigen Jahres durch die Berufung der Vertreter des deutschen Volkes zu gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit in einer Versammlung, das Unterpfand stetiger Fortentwicklung nationaler Institutionen gewährt und dem berechtigten Ansprüche der Nation auf eine wirksame Einigung ihrer Staatskräfte eine betriebende Erfüllung sichert;

In Erwägung ferner, daß ein einmütiges Zusammenwirken für die dem Zollparlamente obliegenden Aufgaben die Erreichung dieses Zieles am meisten zu fördern geeignet ist — über den Antrag Mey und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

2) Von den Abgg. Dunder, Waldeck, v. Kirchmann, Ziegler, Dr. Müller (Görlitz) und den Mitgliedern der Fortschrittspartei:

Das Zollparlament wolle beschließen, in Erwägung, daß die Begründung des Zollvereins ein stetiges Anwachsen, seine Erhaltung durch alle Krisen des politischen Lebens der Nation hindurch und seine jegliche Neugestaltung, welche die Vertreter des deutschen Volkes zu gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit in einer Versammlung vereinigt — ein Unterpfand dafür gewährt, daß der Rechtsanspruch der Nation auf eine alle Stämme derselben umschließende Verfassung und auf Entscheidung aller ihrer gemeinsamen Interessen in einem deutschen Parlamente keine Erfüllung finden wird, sobald derselbe die Entwicklung der politischen Freiheit eben so verbürgt ist als diejenige der wirtschaftlichen Freiheit im Zollverein; — in Erwägung ferner, daß zunächst ein einmütiges Zusammenwirken im Zollparlamente obliegenden Aufgaben die Erreichung dieses Zieles am meisten zu fördern geeignet ist — über den Antrag Mey und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Präsident Simon äußert sich über die geschäftliche Behandlung der Anträge und will zunächst die beiden Referenten und zwei Redner für und gegen die Tagesordnung sprechen lassen.

Abg. Reichensperger verlangt, daß nach der Geschäftsordnung sofort ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung spreche, bevor die Referenten ihren Bericht erstatten haben. Hierfür spreche sowohl der Wortlaut der Geschäftsordnung als auch die Praxis des preussischen Abgeordnetenhauses und die Erwägung, daß dem Hause jeden-

falls das Recht zustehen müsse, Gegenstände, deren materielle Behandlung es für nicht geeignet hält, von der Tagesordnung zu beseitigen, ehe der Referent auf die Sache selbst eingegangen sei.

Präsident Simon erklärt, daß er die Frage für zweifelhaft halte und durch Majoritätsbeschluss entscheiden lassen werde. Er motivirt seine Auffassung durch § 17 der Geschäfts-Ordnung, welcher ausdrücklich vorschreibt, daß die Schlussberatung auf den Vortrag des oder der Berichterstatter beschränkt, und durch § 66, der die Adressenbehalte bezüglich der geschäftlichen Behandlung allen übrigen Anträgen gleichstellt. Ueberdies habe der Paragraph, auf den der Vorredner sich berufe, bereits in den Verhandlungen im Jahre 1849 zu Grunde gelegen, und die Praxis jener Zeit entscheide gegen denselben.

Abg. v. Forderbeck unterstützt die Auffassung des Präsidenten. Erst wenn die Referenten gebört sind, wird die Discussion eröffnet, und erst dann kann also auch der Antrag auf einfache Tagesordnung zur Behandlung kommen. Der Majorität darf nicht das Recht zustehen, einen ausreichend unterstühten Antrag ohne sachliche Erörterung zu beseitigen; es wäre ferner ein Widerspruch, sich zuerst mit einer Sache zu befassen, um in der nächsten Sitzung dieselbe ohne Debatte fallen zu lassen, und eine Unbilligkeit, Referenten zu ernennen und sie dann nicht zu hören. Die letzteren hätten überdies das Recht gehabt, ihren Bericht drucken zu lassen und ihn so zur Kenntniss des Hauses zu bringen; es sei billig, ihnen dies Recht nicht zu verkürzen.

Abg. v. Mittnacht: Der Bestimmung der Geschäftsordnung liegt der Gedanke zu Grunde, daß es der Versammlung jederzeit freistehen solle, Gegenstände, die sie nicht behandeln will, sofort zu beseitigen. Der Antrag auf Tagesordnung ist kein Amendement, das erst bei der Discussion der Hauptfrage zur Erlebigung kommt; wenn die Versammlung eine Adresse nicht will, so braucht sie auch nicht einen Vortrag über das Sachliche einer bestimmten Adresse zu hören. Von einer Unbilligkeit kann wohl in einer Frage der Geschäftsordnung nicht die Rede sein.

Abg. Dr. Löwe empfiehlt den Vorschlag des Präsidenten. Das entgegen-gesetzte Verfahren wäre ein gefährliches Präcedens, nach welchem die Majorität die Minorität mundtot machen könne. Aus demselben Grunde wünscht er, daß der Präsident über diese Frage nicht erst die Majorität der Versammlung entscheiden lasse.

Präsident Simon hält sich hierzu für verpflichtet, da eine bestimmt bindende Vorschrift nicht vorliegt.

Nachdem noch die Abgg. v. Wländenburg und Twisten für, der Abg. Reichensperger gegen die Auffassung des Präsidenten gesprochen, geht ein Antrag auf Schluss der geschäftsordentlichen Discussion ein.

Abg. v. Forderbeck erklärt denselben für unzulässig.

Präsident Simon: Der Antrag ist allerdings zulässig und ich werde darüber abstimmen lassen, bemerke aber, daß ich auch nach Annahme desselben Jedem das Wort geben muß, der dasselbe zur Geschäftsordnung verlan- (Große Heiterkeit).

Es wird hierauf über den Vorschlag des Präsidenten, bezüglich der geschäftlichen Behandlung abgestimmt. Die Versammlung entscheidet sich mit großer Majorität dafür, zunächst die Referenten zu hören.

Referent Abg. v. Bennigsen: Auf Grund der mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge steht der Krone Preußens das Recht zu, das Zollparlament einzuberufen, zu eröffnen und zu schließen. Von dieser Befugniß Gebrauch machend, hat E. Majestät der König in eigener Person das Parlament durch eine Thronrede feierlich eröffnet und es tritt an uns jetzt die Frage heran, ob es nicht angemessen und politisch rätthlich sei, dieser feierlichen Eröffnungsrede einen Ausdruck des Parlamentes gegenüberzustellen, oder nicht die zum ersten Male seit vielen Jahren wieder berufenen Vertreter des ganzen deutschen Volkes ein bringendes Interesse haben, sich der Krone Preußen, den verbündeten Regierungen und ihren Vertretern gegenüber klar auszusprechen, welche Bedeutung sie ihren Aufgaben im Zollparlament, welche Stellung sie den abgeschlossenen Verträgen und dem seit dem Jahre 1866 erfolgten Entwicklungsgange der deutschen Geschichte einräumen.

M. H.! Besondere Gründe mußten meiner Meinung nach vorhanden sein, um die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, zu vernichten. Als der Reichstag des norddeutschen Bundes zum ersten Male im Februar v. J. einberufen wurde, lehnte man den Antrag auf Erlass einer Adresse allerdings ab, der Grund war damals der, daß eine abgeschlossene Verfassung als Grundlage weiterer legislativischer Thätigkeit noch nicht vorlag, der Abschluß einer solchen vielmehr erst Aufgabe des Reichstages war. Natürgemäß mußte die Discussion über den vorgelegten Verfassungsentwurf die richtigste und beste Antwort auf die nationale, patriotische Eröffnungsrede des Königs von Preußen sein. Anders im Herbst vorigen Jahres. Damals hatte man das Wort der Verfassung hinter sich, ein Vertrag mit den süddeutschen Staaten über die Erneuerung des Zollvereins, ein Schutz- und Trugbündniß war abgeschlossen und unter diesen Umständen fand der Antrag, die Thronrede durch eine Adresse zu beantworten, eine große Majorität im Reichstage. — Wenn wir kurz den Entwicklungsgang der letzten Jahre übersehen, so werden Sie Alle mit mir darin übereinstimmen, daß auf der Grundlage, welche im Jahre 1866 gewonnen worden ist, eine stetige Fortentwicklung der deutschen Einigung stattgefunden hat. — Redner bekräftigt diese Behauptung durch einen Rückblick über die Ereignisse und die Verhandlungen, die zu den Verträgen zwischen Norddeutschland, den süddeutschen Staaten und Oesterreich geführt haben, sowie durch die in die norddeutsche Bundesverfassung ausgenommene Bestimmung, nach welcher der Eintritt der süddeutschen Staaten im Wege der Bundesgesetzgebung jederzeit offen gehalten wird.

Schon bei Eröffnung des ersten Reichstages war in der Thronrede des Königs von Preußen in patriotisch-nationaler Weise auf die Bedeutung des Reichstages hingewiesen worden; es war darin von Preußen nur als von einem Werkzeuge zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die Rede, mit einem Worte, der Standpunkt der Thronrede wie des Reichstages war der, daß dasjenige, was vorläufig im norddeutschen Bunde beschloffen wurde, keineswegs als der Abschluß der ganzen deutschen Verfassung angesehen werden sollte, daß vielmehr dies nur Ausgangspunkte und sichere Grundlagen für eine weitere Verständigung und demnachstige Einigung, für eine Wiederherstellung der alten deutschen Macht und Herrlichkeit für das ganze Vaterland sein sollte. In diesem Sinne wurden dann nach dem Abschluß der norddeutschen Bundesverfassung sofort Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten begonnen über die Erneuerung und Vervollständigung der Zollvereinsverträge. Als im Herbst vorigen Jahres der König von Preußen abermals den Reichstag versammelte, hat sowohl seine Thronrede wie die darauf mit sehr großer Majorität angenommene Adresse des Reichstages denselben nationalen Standpunkt Ausdruck gegeben. — Es fragt sich nun, ob es in diesem Augenblicke gerathen erscheint, nachdem die Abgeordneten aus Süddeutschland sich für die Verathungen des Zollparlamentes mit uns vereinigt haben, auch wiederum der gemeinsamen Auffassung von den nationalen Aufgaben einen Ausdruck zu geben. Da stehen wir nun bei einer großen Zahl der süddeutschen Vertreter auf heftigen Widerstand. Der Antrag auf eine Adresse, ausgegangen von einer Zahl Abgeordneter aus Baden und Hessen, unterstützt fast durch die gesammte national-liberale Partei, hat schon bei dem ersten Gedanken lebhaften Widerspruch hervorgerufen, und man kann sich darüber nicht wundern.

Die Wahlbewegung in Süddeutschland ist offenbar eine sehr heftige gewesen, und es war natürlich, daß die Partei, die siegreich daraus hervorgegangen ist, augenblicklich nicht wünschen konnte, daß die heftigen Kämpfe sich hier im Zollparlamente wiederholen, wo sie fürchten mußte, sich einer Mehrheit gegenüber zu befinden, die ihren Standpunkt nicht theilt. Ein großer Theil der Besorgnisse, die man vorher gehabt, wird jedoch beim Durchlesen unseres Entwurfs geschwunden sein. Die Befürchtungen beruhten darauf, daß die Majorität ihre Stellung benutzen würde, die Minorität zu majorisieren, um die Competenz des Zollparlamentes auszudehnen, gegen den Willen der Süddeutschen. Eine solche Competenzerweiterung scheint mir nach den Verträgen vom 8. Juli v. J. von vornherein ausgeschlossen; dieselben lassen keinen Zweifel darüber, daß ein solcher Schritt nur erfolgen kann nachdem jede einzelne süddeutsche Regierung und Landesvertretung ebenso wie der norddeutsche Bund sich damit einverstanden erklärt hat. Die Adresse jersfällt in 4 Theile, von denen der erste Alinea 1 bis 4 umfaßt. Derselbe knüpft an den nationalen Gedanken der Thronrede an und spricht die Nothwendigkeit einer Weiterentwicklung darin aus, daß eine Vertretung Gesamt-Deutschlands für alle Zweige des öffentlichen Lebens dem deutschen Volke

auf die Dauer nicht werde vorenthalten werden können. Von einem Zeitpunkt, bis zu welchem dies zu erreichen wäre, ist nicht die Rede und am wenigsten ist der gegenwärtige Augenblick als der geeignete bezeichnet worden; den Vorwurf, als sollten die Regierungen zu einer bestimmten Action gedrängt werden, wird man also der Adresse nicht machen können. In dem zweiten, den fünften und sechsten Abschnitt umfassenden Theil ist ausgesprochen, daß die nationale Einigung unseres Vaterlandes eine innere Angelegenheit Deutschlands ist, und daß wir darin alle einig sind, einen Eingriff von außen mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Der 7. Punkt bildet einen Uebergang zu dem dritten im 8. Abschnitt enthaltenen Theil, in welchem wir unserer Befriedigung über das mit Oesterreich abgeschlossene Vertragsverhältnis Ausdruck geben, während der letzte Theil die Hoffnung ausdrückt, daß es dem Könige von Preußen vergönnt sein möge, in Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Bundesgenossen den Ausbau des gemeinsamen Werkes zu vollenden.

Ich sehe in der That nicht ein, warum nicht auch diejenigen, welche eine augenblickliche, rasche Fortentwicklung nicht wünschen, für diesen Entwurf stimmen können. Derselbe enthält nur das, was uns Alle befehlt, den Wunsch nach einem allmählichen Fortschritt auf der Bahn der Einigung. Wir selbst können einen sofortigen Anschluß Süddeutschlands gar nicht wollen, denn ganz abgesehen von den Vorschriften der Zollvereins-Verträge sind diejenigen Einrichtungen, die in Norddeutschland geschaffen, noch keineswegs so zum Abschluß gebracht, daß man die Zustände als fertige betrachten könnte. (Hört! hört!) Es bleiben uns für die nächste Zukunft noch so bedeutende Aufgaben zu lösen, daß es nicht wünschenswerth erscheint, die Schwierigkeiten dadurch zu steigern, daß eine erhebliche Zahl widerstrebender Elemente in den Norddeutschen Bund aufgenommen würde. Niemals werden wir uns der Verpflichtung entziehen, den Süddeutschen den Beitritt jederzeit offen zu halten oder mit ihnen Verträge abzuschließen, die einen näheren Anschluß herbeizuführen geeignet sind, aber an eine augenblickliche Einigung, die etwa noch in diesem Frühjahr erzielt werden sollte, denkt Niemand, und die Adresse hat nichts weiter als eine schrittweise, allmähliche Fortentwicklung im Auge. Es ist die Ansicht ausgesprochen worden, es sei nicht zeitgemäß, die Frage jetzt schon zu verhandeln, man thue besser, dieselbe auf eine spätere Zeit zu vertagen. Ich bemerke, daß dies der richtige Weg wäre; die materiellen Fragen, die uns auf dem Gebiete der Zollverhandlungen über Tabaks- und Petroleum-Steuer, über Schutzoll und Freibandel beschäftigen werden, sind geeignet, zwischen den gegenüberstehenden Seiten schwere Gegensätze herbeizurufen, wenn diese Gegensätze nicht dadurch gemildert und geläutert werden, daß wir gleichzeitig die Gesamtaufgaben des deutschen Culturlebens ins Auge fassen. (Vrabo).

Nach auf einen andern Punkt will ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. Was seit den Ereignissen des Jahres 1866 erreicht worden, ist geschehen unter Zulassung Oesterreichs und der übrigen europäischen Staaten. Das bei denselben ein großes Interesse vorhanden war, sich in ihrer Mitte einen neuen mächtigen Staat entwickeln zu sehen, wird kaum Jemand behaupten, sie magten jedoch nicht, ihrerseits etwas dagegen zu thun, weil unsere fortschreitende Entwicklung auf das Ausland den Eindruck machte, daß es der Nation mit ihrer Einigkeit Ernst sei und daß sie jeden Eingriff dagegen mit Entschiedenheit zurückweisen würde. Wenn die jetzige Krisis lange dauert, wenn wir jenen Eindruck verschwinden lassen, so erscheint es fraglich, ob es uns möglich sein wird, unsere Weiterentwicklung uns in Frieden vollenden zu lassen. Noch dauert die Aufregung fort, lassen Sie den Entwicklungsproceß nicht ins Stoden gerathen, lassen Sie die staatenbildende Schöpfungs-kraft nicht einer ruhigen Stimmung Platz machen, die die Vollendung unseres Werkes gefährden könnte. Der deutschen Nation ist eine Aufgabe gestellt, wie sie niemals größer an dieselbe herangetreten ist, sie soll die Einheit ihres politischen und Kultur-Lebens herstellen. Lassen Sie uns nicht hinter dieser Aufgabe zurückbleiben. Zwei Feinde haben wir zu bekämpfen; es gilt auf der einen Seite im Norden den Gedanken zurückzuhalten, daß man dem Süden Gewalt anthun, ihn wider seinen Willen zum Anschluß an den Nordbund bringen müsse, und andererseits klar zu stellen, daß man das Gesamt-vaterland ins Verderben stürzen würde, wenn man versuchen wollte, die Grundlagen, die das Jahr 1866 geschaffen hat, wieder in Frage zu stellen.

Ich weiß nicht, ob die Zahl der Süddeutschen, die das Letztere wünschen, eine große ist; jedenfalls sind sie eben so Feinde des Vaterlandes wie diejenigen, welche durch eine Gewaltthat gegen den Süden einen Bürgerkrieg entzünden würden. Die Bewegung des Jahres 1848 scheiterte daran, daß der Particularismus und Dualismus nach einer kurzen Niederlage sich wieder kräftig erhob. Endlich ist der Knoten durchzubrechen, Oesterreich hat auf die Führerschaft in Deutschland verzichtet und sich der Lösung von Aufgaben gewidmet, die seine Thätigkeit noch Menschenalter hindurch in Anspruch nehmen; hoffen wir deshalb, daß das Jahr 1868 uns dauernd inneren Frieden und Eintracht gebracht, daß es das letzte Mal gewesen, wo Deutsche Deutschen mit den Waffen in der Hand gegenüber gestanden haben. Diefem Gefühl will unsere Adresse einen Ausdruck geben; lassen Sie unsere Discussionen von demselben in gleicher Weise befeelt sein, lassen Sie es uns als unsere Pflicht betrachten, alles Feindselige zu vermeiden und dagegen Alles herbeizubringen, was uns einigt. (Lebhafter Beifall.)

Correferent Abg. v. Thüngen: Wenn ich Sie bitte, den Antrag Mey nicht anzunehmen, so erkenne ich vollkommen die Tragweite dieses meines Vorschlages an; ich weiß, wie leicht er mißverstanden werden kann und mißverstanden werden wird. Ich fühle auch das Schwierige meiner Stellung gegenüber den wohlwollendsten Ausführungen meines Vorredners, dem es vergönnt war, an das innigste Gefühl eines Mannes zu appelliren, an das Nationalgefühl, während ich Sie an die nüchterne Stellung der Verträge und an die nüchternen Gründe der Zweckmäßigkeit erinnern muß. Ich werde offen und wahr sein, und bitte nur, wenn in meiner Rede etwas Ihren Gefühl verletzen sollte, dies nicht meiner Absicht, sondern der unabwiesbaren Pflicht der Abatathen zuzuschreiben. — Ich kann nicht verhehlen, daß die Majorität des süddeutschen Volkes, die eigentlich Volksmasse, offenbar einer näheren Verbindung mit Preußen abhold ist. Es herrscht dort ein gewisses Mißtrauen, eine gewisse Furcht, daß durch einen zu engen Anschluß unserer Institutionen, unserer Selbstständigkeit Nachtheil erwachsen könne. Wenn Sie dies Gefühl auch nicht für gerechtfertigt erachten, so werden Sie es doch wohl erklärlich finden, wenn Sie bedenken, daß die süddeutschen Volksstämme von jeher eine große Abhängigkeit an ihre Institutionen und Dynastien hegen; wenn Sie ferner bedenken, daß die Masse des Volkes bei uns nur Gefühlspolitik treibt, und eine Abneigung dahin geht, von wo ihr Gefühl verletzt wird; und daß dies durch die preussischen Siege geschehen ist, werden Sie leicht erkennen.

Anders ist unsere Stellung, die der Abgeordneten. Wir treiben keine Politik des Gefühls, sondern des Verstandes. Wir lassen uns nicht durch augenblickliche Verstimmung, auch nicht von der Volkstimmung leiten. Wir fühlen auch, daß jeder Schlag, der Preußen von Auswärts verhebt wird, fühlbar ist für ganz Deutschland und speciell für Süddeutschland. Wir stehen fest auf dem Boden der geschlossenen Verträge, vor allen Dingen auf dem Schutz- und Trugbündnisse und Sie können überzeugt sein, daß, wenn die Integrität Deutschlands von irgend welcher Seite in Frage gestellt wird, wir an Ihrer Seite stehen, an Ihrer Seite kämpfen, an Ihrer Seite leben werden. (Beifall.) Das Nationalgefühl und das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist bei uns ebenso lebhaft, wie anderswo. (Beifall.) Wenn wir uns aber auf den Boden der Verträge stellen, so hoffen wir, daß dies auch von anderer Seite geschieht. Der Zollvertrag beschränkt sich nun auf eine bestimmte Grenze, darüber hinaus kann er nicht ausgedehnt werden ohne neue Verträge zwischen den beteiligten Regierungen unter Zustimmung der Volkstretungen. Unser Mandat ist durch diese Grenze bestimmt; darüber hinaus haben wir keine Vollmacht. Durch die Adresse wird uns zugemutet, über diese Competenz hinauszuweisen. In der Adresse finden Sie eine Eindeutigkeit auf ein allgemeines deutsches Parlament, auf den Eintritt der süddeutschen Staaten in die Wachsphäre des Norddeutschen Bundes. Dies tritt noch mehr hervor, wenn wir erwägen, von welcher Seite dieser Antrag gestellt und welcher Doppelpunkt mit ihm verbunden ist. Man sagt nun zwar: das sind ja nur Wünsche, welche die Adresse ausdrückt, keine Thaten. Ich bitte aber doch zu bedenken, daß ein Wunsch, hier ausgesprochen, eine That ist durch ganz Europa. (Abg. Laster: Sehr wahr! sehr wahr!)

Es ist außerdem eine Verwechselung der Begriffe, wenn man uns, die süddeutschen Abgeordneten, wie dies in der Adresse geschieht, als Vertreter

des süddeutschen Volkes betrachtet; wir sind nur mit einem bestimmten beschränkten Mandat hier und nicht berechtigt, Wünsche auszusprechen, die viel weiter gehen und tief in das innerste Staatsleben eingreifen. Wir sind gern bereit, auf dem Wege des Vertrages eine größere Einigung herbeizuführen; wir fühlen dies Bedürfnis vielleicht stärker wie Sie (auf die Nationalliberalen deutend, welche widersprechen), wir wollen aber die Einigung nur auf gesetzlichem, auf dem Wege des Vertrages. (Auf unter den Nationalliberalen: Wir auch!) Der zweite Hauptgrund für Ablehnung der Adresse ist der Zweckmäßigkeit. Wenn Sie wünschen, auf dem Wege der Verträge zu einer weiteren Einigung zu kommen, so führen Sie dies nicht durch Beschlässe, die von uns mit Mißtrauen betrachtet werden. Auf diesem Wege können wir Ihnen nicht folgen. Seien Sie überzeugt, daß auch von unserer Seite gern Alles gethan werden wird, was die Einigung erleichtert. Wir sind hierher gekommen mit der festen Absicht, ehrlich und freudig mit Ihnen an dem Ausbau der Verhältnisse zu arbeiten, für die unser Mandat uns Vollmacht giebt. Es ist ferner unsere Absicht, freundschaftliche Beziehungen mit Norddeutschland herzustellen; wir wollen gern die Bruderhand nehmen; führen Sie aber nicht das Wachstum der zarten Pflanze der Freundschaft. (Heiterkeit.)

Es ist nicht meine Gewohnheit, an die Gefühle zu appelliren; ich appellire aber hier an Ihr Gefühl der Billigkeit, an Ihre eigene Einsicht, und frage Sie, ob dies der richtige Weg ist, um das Mißtrauen, das noch in uns besteht, und in der Stellung des Schwächeren zum Stärkeren begründet ist, zu beseitigen. Ich mache auch noch darauf aufmerksam, daß, nachdem die süddeutschen Abgeordneten die Kompetenz für diese Frage nicht anerkennen, ein eigentlicher Majoritätsbeschluss dieses Hauses gar nichts zu bedeuten hat. Wenn auch sämtliche Abgeordnete des norddeutschen Bundes gegen die Abgeordneten von Süddeutschland aufstehen, so beweist das gar nichts. Wir wissen, daß wir uns in allen Fragen, die zu unserer Kompetenz gehören, der Majorität folgen müssen; über unsere Kompetenz hinaus aber giebt es für uns keine Majorität. Was soll dann aber ein solcher Beschluß für eine andere Wirkung haben, als zu zeigen, daß Norddeutschland nach einer Richtung, Süddeutschland nach der andern geht, und dem Auslande Einblick in diesen Zwist zu gestatten. Dies ist für uns nicht dienlich. 47 Abgeordnete der süddeutschen Staaten unter 82 Anwesenden haben sich nicht berechtigt geglaubt, an irgend einer Verhandlung über diese Frage Antheil zu nehmen; und wenn sich von den übrigen auch eine größere Zahl noch an den Verhandlungen über die motivirte Tagesordnung betheiligen und eventualiter dafür stimmen will, so sind auch diese gegen die Adresse. Es sind also für die Adresse nur diejenigen, von denen sie eingebracht ist. Ich schließe mit der Bitte, in meiner Rede nichts Verleidendes finden zu wollen. Glauben Sie, daß uns eben so sehr Eintracht, Einigung und die fortschreitende Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland am Herzen liegt, als Ihnen selbst. (Beifall.)

Hierauf wird die Debatte eröffnet; von den eingeschriebenen Rednern wird, wie dies bei Anträgen auf einfache L. D. nach der Geschäftsordnung bestimmt ist, ein Redner für und einer gegen die Tagesordnung ausgetauscht. Das Loos bestimmt den Abg. v. Blandenburg für, den Abg. Bluntzschli gegen.

Abg. v. Blandenburg: Der Gesamteindruck, den die so eben gehörten beiden Reden auf mich gemacht haben, ist der, daß ich eigentlich der Nähe überhoben wäre, noch für die einfache L. D. zu sprechen. (Sehr richtig.) Beide Herren haben nämlich deducirt, daß die Sache nicht allzu große Gefahr und nicht allzu große Eile hat; daß wir auf dem festen Boden der geschlossenen Verträge stehen und einstweilen nichts geändert werden kann; und auch der Herr Correferent hat den Wunsch der Süddeutschen auf eine Vereiniung als nicht allzu dringend dargelegt. Der Antrag auf einfache L. D. hat aber nach dem parlamentarischen Gebrauche bei den Mitgliedern, gegen deren Anträge er gestellt worden, oft etwas Gehässiges. Diese von mir beantragte hat einen ganz anderen Zweck; sie ist gerichtet gegen die Unterstücker der Adresse, kommt ihnen aber freundschaftlich entgegen; sie bittet Sie, ob Sie die Güte haben wollten, uns zu folgen vom Wege ab, den ich für einen Irrweg und für eine Sackgasse halte. Ich bitte die Herzen der Herren, etwas gemüthlich gestimmt zu sein (Heiterkeit) und sich nicht in Form meinen Worten zu verschließen. (Heiterkeit.) Es ist wirklich gut gemeint. (Gelächter.) — Auf den Standpunkt des Abg. Reichensperger, der die Tagesordnung mit der Incompetenzklärung des Hauses begründen will, kann ich mich nun freilich nicht stellen.

Eine Adresse zu erlassen als Beantwortung auf die Eröffnungsrede an den König von Preußen, das halte ich sehr wohl für zulässig. Eine Incompetenz für das Haus kann ich deshalb nur erkennen in Bezug auf den Inhalt der Adresse. Höchstens könnte man annehmen, daß das Haus die Kompetenz überschreitet. Wir sind hier allerdings nicht als eine „Vertretung des deutschen Volkes“ für alle Gegenstände, sondern nur ad hoc zu diesen Geschäften. Dabei ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir in der Adresse allerhand Wünsche aussprechen. Ich habe aber andere Gründe für die einfache Tagesordnung. Unsere süddeutschen Brüder haben sich auf ihren Wahlplätzen in ihren heimathlichen Ländern zum Theil sehr schroff gegenüber gehalten; es sind hierher gekommen Abgeordnete von beiden Parteien, von der Majorität und von der Minorität. Durch die Debatte über die Adresse wird nun weiter nichts beabsichtigt, als daß die Minorität hier die Majorität dort besiegen soll. Für uns ist es aber wohl nicht angemessen, unsere Majorität dazu herzugeben, den Parteikampf aus Stuttgart und München zu erneuern. Wir haben schon ein kleines Vorbild davon gehabt. Durch die neulichen Auslassungen des Abg. Dr. Braun dürfte wohl aber nach dieser Richtung hin meines Erachtens das Bedürfnis vollständig befriedigt sein. (Heiterkeit.) Man sagt nun: das sei ja grade ein Grund mehr für eine Adresse, weil Dr. Braun dies Bedürfnis befriedigt; man müsse ihm widerlegen. Ich glaube, m. H., dazu ist eine Adressdebatte nicht nöthig. Es ist ja wohl das allgemeine parlamentarische Gefühl gewesen, daß Dr. Braun neulich eine parlamentarische Niederlage erster Größe erlitten hat. (Heiterkeit. Beifall. Widerspruch.)

Die ganze Wahlbewegung in Süddeutschland drehte sich bekanntlich um die Frage, daß man nicht majoritirt werden wolle in den norddeutschen Bund hinein. Nach dieser Schablone für oder gegen den norddeutschen Bund wurden die Abgeordneten gewählt. Auch wir in Norddeutschland wollen doch gewiß nicht die Süddeutschen zwingen, gegen ihren Willen in unseren Bund zu treten. Auf der Grundlage des Artikels 79 der Bundesverfassung wollen wir sie aber gern aufnehmen, wenn sie aus eigener Initiative diesen Antrag stellen. Ich begrüße in dieser Beziehung die Worte, die der Herr Correferent gesprochen hat, daß die Süddeutschen aufrichtig das Schutz- und Trugbündniß zu halten gesonnen sind. Unsere Regierung, und ich glaube, wohl alle Parteien in den norddeutschen Staaten fühlen dasselbe Bedürfnis; wir glauben einer nationalen Pflicht und der nationalen Ehre nachzukommen, wenn wir an diesem Bündnisse treu und ehrlich halten. Was aber die Fragen der materiellen Interessen und des Schutzes anbetrifft, so fühlen wir uns im norddeutschen Bunde stark genug, als daß wir die Süddeutschen widerrechtlich zu einem Anschluß zwingen sollten. Das Bedürfnis des Anschlusses fühlen jedoch auch wir. — Nach diesen Ausführungen kann ich keine Veranlassung zu der Adresse finden. — Von anderer Seite (Herzog v. A. West und Freiherr v. Roggenbach) ist nun eine motivirte Tagesordnung beantragt worden. Diese Herren meinen, daß mit der Annahme der einfachen Tagesordnung man Gefahr laufe, den in der Adresse ausgesprochenen nationalen Gedanken zu verlezen; daß man dadurch der nationalen Partei in Süddeutschland eine Niederlage bereite. Das ist nicht richtig.

Die einfache Tagesordnung hat einfach und ausschließlich die Bedeutung, daß sie in der schärfsten Weise ausdrückt, daß wir an den Verträgen, dem Schutz- und Trugbündnisse festhalten und den weiteren Ausbau unserer nationalen Verhältnisse von diesem Bunde aus wünschen. Mit dem „nationalen Gedanken“ hat es auch eine ganz eigenthümliche Bewandnis. Was versteht man darunter. Hier, der Herr neben mir (neben der Rednertribüne stehen in unmittelbarer Nähe des Redners die Abg. Redeker und v. Schweiger. Abg. Redeker sieht den Redner erkaunt an, eilt auf seinen Platz und läßt den Abgeordneten v. Schweiger allein an der Rednertribüne stehen) hat z. B. eine ganz eigenthümliche Ansicht über den nationalen Gedanken. (Heiterkeit.) Die nationalen Gedanken Anderer gehen weit hinaus über den Elbfuß, über Verdun (Auf: Ho! ho!), über die russischen Ostseeprovinzen, was sie Alles wieder haben wollen. (Heftiger Widerspruch.) Ja, meine Herren, es ist meine Meinung, es giebt solche nationale Gedanken. — Meine Ansicht ist aber die, daß wir stehen bleiben auf dem Boden, den wir durch die letzten Ereignisse und die Verträge gewonnen haben, und auch nicht mit fremden Wünschen hinausgreifen und andere Länder beunruhigen mit dem Gedanken, daß wir hinüberreisen könnten nach Metz und Verdun. (Heftige Unterbrechung. Präsident Simon unterbricht den Redner mit den Worten: „Wenn ich den Herrn Redner richtig verstanden habe, so hat er unter den Personen, deren nationale Gedanken über Metz, Loul und Verdun hinausgriffen, nicht Mitglieder dieser Versammlung gemeint.“)

Abg. v. Blandenburg: Ich danke sehr für diese Bemerkung; es ist mir dies natürlich nicht eingefallen, ich habe nur gesagt, daß wir die Verträge treu halten müssen. Halten wir das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge und vermitteln wir von diesem Gesichtspunkte aus; der Dank des Vaterlandes wird uns dann nicht fehlen. — Sollte aber wirklich eine Adresse nöthig sein, so möchte man sich nach meinen Ausführungen lediglich auf die

Punkte 3 und 4 beschränken. Sollte man nun aber wirklich der Meinung sein, daß es nöthig sei, daß das Haus die Ansicht ausspreche: „die deutsche Einheit ist nothwendig, das Vollparlament muß kommen“? Wenn nicht der Weg ausgesprochen wird, auf dem dies geschehen soll, so hat es gar keinen Nutzen. Sollen wir aber etwa dafür stimmen, daß das Vollparlament in ein Vollparlament verwandelt werde nach dem Sinne wie es im norddeutschen Reichstag am 22. Mai ausgesprochen worden ist, monach es mit allen möglichen Machtbefugnissen ausgestattet werden soll? Da man das vielleicht darunter verstehen könnte, was noch jetzt auf der Tagesordnung der Fortschrittspartei steht, können Sie wohl nicht denken, wenn wir gegen einen solchen Passus stimmen. Ich möchte Sie aber noch besonders warnen vor dem verhängnißvollen Satz 5: „Die nationale Ehre wird das ganze Volk ohne Unterschied der Parteien zusammenführen, falls von außen verdrängt werden sollte, dem Drange des Volkes nach größerer politischer Einigung entgegen zu treten.“ Ein solcher Passus in der Adresse ist sehr bedenklich, da er sehr zweideutig ausgelegt werden kann. Er kann gewissermaßen als Aengstlichkeit aufgefaßt werden oder als Drohung und unnöthige Raffelei mit dem Säbel. Wenn der norddeutsche Bund und Süddeutschland zusammenstehen, wo ist dann wohl eine Macht, welche Deutschland in den Weg treten könnte? Ein solcher Passus ist gar nicht nothwendig; ich fühle mich so mächtig und stark, daß ich eine solche Demonstration für ganz überflüssig halte. Die Deutschen sind ein friedliches Volk, das keine Eroberungskriege führen will, ein Culturvolk, und wir haben außerdem in unserem Innern noch genug für uns zu thun. (Lebhafte Zustimmung links.)

Es hat einmal irgend Jemand gesagt: „Wenn eine Wassermasse nicht gefrieren kann, weil das Wasser noch etwas in Bewegung ist, so steckt man eine Stabspitze hinein und es entseht sofort Eis.“ Nun, m. H., wenn die deutsche Ehre mit der Chonorede berührt wird, so haben wir in Deutschland sofort die Einheit; und wir könnten demjenigen Dank votiren, der uns dazu verhilft. Das fühlen wir Alle und brauchen es nicht erst auszusprechen. — Schließlich muß ich mich noch mit einem paar Worten an diejenigen Herren wenden, die den Antrag mit unterstüßt haben. Es ist ein alter Grundsat, daß man von zwei Uebeln immer das kleinere wählen müsse. Die Herren haben vielleicht aus Irrthum nicht ganz die Tragweite der Adresse ersehen und sind sich nicht klar darüber, zu welchem Resultate dies führen kann. Sie haben meine Rathschläge zwar schon oft angehört, aber fast noch nie befolgt. (Heiterkeit.) Vielleicht thun Sie es diesmal; überlegen Sie es sich noch einmal. Es ist das allergrößte Uebel, wenn ein neues Haus wie das hier, das aus so verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetzt ist, in Tage langer Debatte allen alten Staub aus den früheren Streitigkeiten zwischen Süddeutschland und Norddeutschland u. wieder aufwirbelt, und wenn von allen Anträgen schließlich kein einziger, weder eine motivirte L. D., noch die Adresse angenommen wird. Die einfache Tagesordnung aber, meine Herren, können Sie meiner Meinung nach Alle annehmen. (Gelächter.)

Es braucht deshalb keine Partei ihre Grundsätze zu verläugnen. Wir haben den Herren, welche eine motivirte Tagesordnung wollten, die Zustimmung noch erleichtern wollen dadurch, daß wir unsere Motive noch unter den Antrag haben drücken lassen, damit doch das Land sehen kann, was zu so Grunde liegt. (Gelächter.) Ja, ich glaube sogar, daß die Herren der Fortschrittspartei (Gelächter) ihren weitergehenden Antrag auf motivirte Tagesordnung zurückziehen können, ohne ihr Prinzip zu verläugnen. (Gelächter.) Das Vollparlament, das Sie haben wollen, mit den Machtbefugnissen, die der Abg. Löwe wünscht, braucht Ihnen keine Sorgen zu machen. Wenn Sie das erst haben, werden Sie sehen, was das für ein einziges Deutschland ist; aber lange wird es nicht dauern. (Gelächter.) Lassen wir deshalb alle Wünsche, alle Jugendträume; sehen wir es als eine gewisse Thatfache an, daß, wenn die süddeutschen Staaten wollen, auf dem Wege des Artikels 79 der Bundesverfassung ein weiterer Fortschritt zur Einigung der deutschen Staatskräfte herbeigeführt werden kann. Handeln wir als practische Männer und nicht mit bloßen Redensarten. Wenn das Ausland sieht, daß das Vollparlament ruhig und ernst an seine Geschäfte geht, nicht erbitzt durch Parteistreitigkeiten, dann wird die Meinung über uns im Auslande auch eine andere werden; man wird uns nicht mehr für bloße Träumer halten, sondern als practische und thatkräftige Männer achten und ehren. Darum fort an unsere Arbeit und weg mit allem Schwindel. (Beifall rechts; Widerspruch und Unruhe in den Reihen der Nationalliberalen.)

Abg. Bluntzschli (gegen die einfache Tagesordnung): Nach parlamentarischem Brauche wird die einfache Tagesordnung regelmäßig nur da angenommen, wo ein Antrag von vornherein als unpassend, unzweckmäßig, schädlich betrachtet wird; aber meine Herren, es geschieht das nicht, wenn derselbe von einer sehr großen Zahl, von beinahe einem Viertel der Mitglieder des Hauses unterstüßt wird. (Sehr richtig.) Dann hält man es wenigstens für die Mühe werth, ihn in Erwägung zu ziehen. Ja, noch mehr! Wir haben hier eine ganze Reihe von Anträgen und alle mit einer ausführlichen Motivirung versehen; der Vorredner hat selbst bemerkt, er wünsche den Antrag auf einfache Tagesordnung nach seinen Motiven. Das heißt denn doch nichts weiter, als wir haben lauter motivirte Tagesordnungen, und dennoch wird über einfache abgestimmt! Das ist der innere Widerspruch. Nur ein Mitglied hat das Recht und die Competenz dieser Versammlung zu einer Adresse bestritten. Consequenter Weise müßte man dann auch das Recht auf die Chonorede bestreiten (oh! oh!) denn ganz mit demselben Rechte, mit welchem bei Eröffnung des Parlaments zu dem Parlament gesprochen worden ist, kann das Parlament, wenn dasselbe es für zweckmäßig erachtet, darauf antworten. Man sagt, daß dieser Antrag ein Partei-Kunststück sei und Herr v. Blandenburg warnt uns vor allen Parteimännern, benützt aber gleichzeitig die Gelegenheit zum Sprechen, um einen persönlichen Ausfall gegen ein Mitglied dieses Hauses zu machen, der doch nur lediglich in den Bereich der Parteiialität und nicht in den einer einfachen sachlichen Discussion gehört.

Ich will Ihnen sagen, wie wir zu dem Gedanken dieser Adresse gekommen sind; das wird zugleich die beste Motivirung derselben sein. Als wir von dem geschichtlich merkwürdigen Tage des 27. April im weißen Saale versammelt wurden, da ist uns ein Bild vor die Seele getreten, das allerdings nicht ganz in Uebereinstimmung stand mit den Träumen, die ein geehrtes Mitglied auf seiner Reise nach Berlin zum Vollparlament gehabt hat. Wir sahen vor uns die Vertreter sämtlicher deutschen Staaten, die erste Versammlung eines deutschen Parlaments mit gesetzgebenden Befugnissen ausgestattet, eine Versammlung in sich selbst sehr mannigfaltig und reich, ein lebendiges Bild der Gegenseite, die Deutschland theilen; wir sahen zu gleicher Zeit die Vertreter sämtlicher deutschen Regierungen; wir hörten eine Chonorede, die doch wahrlich etwas ganz anderes war, als die Präsidialrede des Bundespräsidenten in Frankfurt. Das war nicht das Bild, einer Zollconferenz, wie man uns wohl genannt hat, das war das Bild eines wirklich lebendigen Staates. Wir wissen zwar recht wohl, daß dieser Staat vorerst nur ein begrenzter Zollstaat ist, aber wir betrachten auch diese Form des Zollstaates für eine vorläufige Würschafft des künftigen Deutschlands. Wir hörten, m. H., in der Chonorede ein Wort, das von dieser Stelle so eben durch Herrn v. Blandenburg zu einem Wize benützt worden ist, nicht ohne eine gewisse Verhöhnung des nationalen Gedankens, den wir nicht aussprechen, ohne das Gefühl zu haben, daß es sich um eine heilige Sache handelt (Bravo), als dieser Gedanke aus höchstem Munde ausgesprochen wurde, da allerdings kam uns der zweite Gedanke: es ist unmöglich, daß die zum ersten Male versammelte Vertretung des deutschen Volkes nicht ihre Zustimmung zu diesem Gedanken zu erkennen gebe.

M. H., in dieser Erwägung liegt der Grund zu dem Antrage auf Erlass einer Adresse. Indem die Adresse den nationalen Gedanken als das Wesentlichste betont, giebt sie der weiten Form erst einen Inhalt, und ich begreife am allerwenigsten, wie gerade die conservative Partei dieser von Sr. Majestät dem Könige selbst ausgesprochenen Fahnne sich nicht anschließen kann. Aber wir hatten noch einen anderen Grund: für die Abgeordneten aus Süddeutschland ist es unmöglich, gerade diese Fragen, um deren Willen sie hierhergekommen sind, mit Stillschweigen zu übergehen. (Heftiger Widerspruch auf den Vänten der Süddeutschen.) Ja wohl! meine Herren, die Wahlkämpfe in Süddeutschland hatten ganz vorzugsweise eine politische Bedeutung. Wenn man immer wieder sagt, dies Parlament sei wesentlich als eine große Commission von Sachverständigen in Zollangelegenheiten einberufen, so weiß ich zwar wohl, daß es unsere Pflicht ist, diesen Angelegenheiten die größte Aufmerksamkeit zu widmen, aber das kann man doch nun und nimmermehr zugestehen, daß wir dreihundertachtzig Mitglieder, die wir hier sind, sämtlich Sachverständige in Zollangelegenheiten sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das Vollparlament besteht zu drei Vierteln aus Mitgliedern des Reichstages, diese sind natürlich wesentlich zu politischen Dingen erwählt worden. Und in Süddeutschland sind zwar einige Wahlen, das Geschehe ich zu, mit Rücksicht auf wirtschaftliche Fragen gemacht worden, aber der eigentliche Wahlkampf in sämtlichen süddeutschen Staaten war doch durchaus politischer Natur und unter den einen wie den andern sind sehr Viele, denen der Stempel des Sachverständigen in Zollsachen nicht auf die Stirn gedrückt ist. (Heiterkeit.)

Die Formen, in denen wir uns hier bewegen, mit einem Parlament und einem Bundesrath und einem Präsidenten, die erinnern uns doch außerordentlich lebhaft an die Formen des norddeutschen Bundes, eines Repräsentativstaates, nicht bloß an eine Conferenz, und die süddeutschen Regierun-

gen müßten geradezu blind sein, wenn sie das nicht bemerkt hätten. Diese großartige Form mit dem zur Zeit allerdings noch sehr dürftigen Inhalt muß nach und nach ausgefüllt werden. Zu diesem Zwecke wollen wir aber durchaus nicht über die bestehenden Verträge hinwegschreiten, wir wollen sie aufrichtig halten, aber das hindert uns nicht einzugehen auf den großen Gedanken, von dem die Chonorede sagt: dieser Gedanke hat den Anfang sehr beschränkter Zollverein dahin gebracht, wo er jetzt ist. Aus diesem Grunde hat die Adresse auch keine scharfe Spitze. Es kam uns nur darauf an, die Zustände, wie sie sind, ehrlich und aufrichtig klar zu stellen. Einer der Herren Vorredner hat immer von einem süddeutschen Volke gesprochen, ich kenne zwar 4 süddeutsche Staaten, aber ich kenne kein süddeutsches Volk, ich kenne nur ein deutsches Volk. (Bravo.) Gestatten Sie mir indessen, auf die süddeutschen Staaten mit einigen Worten einzugehen. Zunächst das Großherzogthum Hessen ist in einer ganz unhaltbaren Situation und es wird ihm schließlich ganz unendlich sein, einen besonderen Staat zu bilden, wenn man nicht wieder beide Stüde zusammenbringt und der sübliche Theil nicht gleichfalls in den norddeutschen Bund tritt. Wenn also dort die Wünsche für diesen Eintritt sich sehr lebhaft geltend machen, so wird das Jedermann natürlich finden. Und dennoch, auch die Mitglieder aus Hessen wissen recht wohl, daß das Vollparlament nicht der Ort ist, um einen Antrag dahin richten zu können, aber es muß wenigstens der gedrückten Brust einmal gestattet sein, sich Luft zu machen. (Gelächter unter den Süddeutschen.)

Auch in Baden ist keineswegs die Majorität der Bevölkerung gegen einen Anschluß an den Nordbund. Im Gegentheil; Baden ist ein Grenzland und fühlt sich in Folge dessen in einer etwas erponirten Stellung und ist der Meinung, daß ein enger, fester dauernder Anschluß diese Stellung wesentlich befestigen wird. In einigen Theilen der Bevölkerung herrscht allerdings eine gewisse Abneigung gegen Preußen; das sind diejenigen Theile, wo weniger politische Männer als vielmehr die Geistlichkeit die leitende Rolle einnehmen. Ueber die Würtemberger wünsche ich nicht viel zu sagen. (Heiterkeit.) Bekanntlich sind die Würtemberger einer der begabtesten Stämme Deutschlands, reich an Talenten, sehr reich an Originalen; es ist natürlich, daß hier auch eine originale eigenartige Politik Wurzel gefaßt hat. Die Schwaben sind ganz vortreffliche Familienbäuer, aber das Staatsgefühl ist ihnen unbequem und mit ihren Begriffen von Freiheit schwer vereinbar. Ich erinnere daran, daß 1815 auch Württemberg es war, das sich zuletzt dem deutschen Bunde angeschlossen, der doch gewiß eher eine Garantie als eine Bedrohung der kleinstaatlichen Souveränität war. Der Widerstand gegen den Schritt zum constitutionellen Staat war in Württemberg am allerstärksten. Trotz alledem bleibe ich der Hoffnung: Die Schwaben kommen zwar spät, aber sie kommen endlich doch, (Heiterkeit), eine Hoffnung, zu der mich namentlich auch das allmähliche Wachen der deutschen Partei in Württemberg befeuert. Der stärkste endlich der süddeutschen Staaten ist Baiern; die bairische Regierung nahm einen ruhigeren, patriotischeren Standpunkt bei den Wahlen ein, als die württembergische.

Die Wahlen reden, m. H.; abgesehen von einigen Einzelheiten, bin ich überzeugt, daß die Wahlen überall durchaus der Stimmung der Bevölkerung entsprechen, und wenn das allgemeine Stimmrecht dahin führt, den Boden aufzubereiten, auf dem man steht, diesen großen Dienst hat es der Politik geleistet. In Baiern sind daher die Wahlen auch sehr theilweise ausgefallen, doch auch hier hat der Clerus schließlich entschieden. Ich habe alle Achtung vor der Kirche, aber sie versteht nichts von politischen Dingen, und ich möchte sie doch vor der Gefahr warnen, daß sie diejenigen, die sie auf politischem Gebiete von sich entfernt, nicht schließlich auch auf dem eigenen Wirkungsbereiche verliert. Immerhin fallen jedoch die bairischen Wahlen bedeutend ins Gewicht. Doch glaube ich nicht, daß Baiern dieselbe Rolle im Süden zu spielen berufen ist, wie Preußen im Norden, dazu fehlen ihm die inneren Bedingungen. Wenn Sie heute in die Debatte einzutreten beabsichtigen, so wird dieselbe nach allen Seiten hin beruhigend und aufklärend wirken; man wird erklären, daß der Süden keine Gewalt zu befürchten hat, daß der Norden nicht Willens ist, sein festes Gefüge durch eine ungehörige und frühreife Verbindung mit dem Süden zu schwächen (Bravo!), man wird den ersten Schritt zum gegenseitigen Vertrauen hin thun.

Redner geht nun auf die einzelnen Punkte der Adresse näher ein, legt die Bedeutung derselben dar und schließt etwa folgendermaßen: M. H.! Es giebt im Süden zwei Parteien; die eine ist dem Anschlusse an den Norden im Ganzen zugeneigt, sie ist ihm freundlich gesinnt; die andere will davon nichts wissen. Dasselbe Mitgefühl, das heute auf die Vertragstreue pochte, Herr v. Thüngen, hat Alles gethan, was in seinen Kräften stand, um die Verträge nicht zu Stande kommen zu lassen, (hört! hört!), und es giebt noch zur Stunde Viele, die sich von demselben frei machen möchten. Die Partei des Südens wünscht die einfache Tagesordnung sammt und sonders. Wenn Sie für die einfache Tagesordnung stimmen, so stimmen Sie denjenigen Herren bei, die am wenigsten von irgend einer Vereiniung etwas wissen wollen, und wenn Sie gegen die einfache Tagesordnung stimmen, dann stimmen Sie mit allen denen in Hessen, Baden, Württemberg und Baiern, die von Herzen und ganz Ihre Freunde sind. Jetzt stimmen Sie! (Beifall.)

Bevor nun zur Abstimmung geschritten wird, erhält zur Geschäftsordnung das Wort

Abg. v. Hennig: Meine Herren! Ich war im Begriff, ehe Herr Bluntzschli die Tribüne betrat, mich zum Worte zu melden; aber ehe ich mich noch an das Secretariat des Hauses hatte wenden können, war von dem Herrn Präsidenten schon das Wort dem Herrn Bluntzschli ertheilt worden. Ich wollte zur Geschäftsordnung das Wort nehmen mit Bezug auf die letzte Aeußerung, die von Herr v. Blandenburg die Tribüne verlassen. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Antrag, den wir eingebracht haben, eine Adresse an Seine Majestät den König zu erlassen, hat Herr v. Blandenburg sich erlaubt zu sagen: „Gehen wir an unsere Geschäfte und fort mit allem Schwindel! M. H.! Ich enthalte mich jeder Aeußerung, wie eine derartige Ausdrucksweise zu beurtheilen ist. Ich muß aber annehmen, daß der Herr Präsident, indem er die Aeußerung ungerührt vorübergehen ließ, offenbar den Zusammenhang, in welchem dieselbe mit unserem Antrage ausgesprochen war, augenblicklich nicht genau erfahrt hat. Herr v. Blandenburg mag seine Ausdrücke wählen, wie er will, und wie sein Tact und Geschmac es ihm eingeben, das kann uns nicht tangiren, aber ich glaube, daß wir es der Sache, die wir hier vertreten, schuldig sind, den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, was geschehen ist, er wird dann befinden können, was er in der Sache zu thun hat.

Präsident Dr. Simon: Ich muß zunächst erklären, meine Herren, daß ich die letzten Aeußerungen des Abg. v. Blandenburg in der Art nicht verstanden habe, daß ich mich genöthigt sah, mich an einen der Herren Schriftführer zu wenden und ihn darüber zu befragen. Wenn ich aber auch die Worte vernommen hätte, so würde es mir nicht entfernt eingefallen sein, anzunehmen, daß Herr v. Blandenburg sich hätte unterfangen können, einen Antrag, der von Mitgliedern dieses Hauses unterzeichnet ist, als Schwindel zu bezeichnen. Ich würde in Bezug auf einen Antrag irgend eines Mitgliedes selbst einen viel glimpflicheren Ausdruck unter keinen Umständen ungerührt passiren lassen. Aber ich bestreite, daß mir auch nur das Recht beizubehalten, eine solche Subposition einem Redner zuzutrauen, er habe unter diesem Schwindel den Antrag auf Erlass einer Adresse gemeint. Ich habe an erster Stelle die Freiheit der Rede aufrecht zu erhalten; erst an zweiter Stelle habe ich die weit schwerere Pflicht, Ueberschreitungen zurückzuweisen, und glaube dabei jeden Ausdruck stets so auffassen zu müssen, wie er dem Redner und der Freiheit der Rede am günstigsten ist. (Bravo.)

Abg. Braun (Wiesbaden), wendet sich in einer persönlichen Bemerkung an den Abg. v. Blandenburg: Derselbe hat die Güte gehabt, mir eine retrospective Kritik angedeihen zu lassen, in Bezug auf einige harmlose Aeußerungen, die ich bei Gelegenheit der Wahlprüfungen gethan. Er hat mich auch einer Niederlage geziehen. Ich selbst kann darüber nicht urtheilen. Ich weiß aber, daß Jeder das glaubt, was er wünscht und nehme daher an, daß Herr v. Blandenburg sich eine Niederlage wünscht. Ich bin ihm aber deshalb nicht böse, denn ich glaube, es beruht nicht auf persönlicher Feindseligkeit, sondern nur auf dem tiefgefühlten Bedürfnis, in Betreff seiner Hintermänner einige Fühlung zu bekommen. (Heiterkeit.) Bekanntlich hat ein großer Theil der süddeutschen Mitglieder hinter den Vänten der Redner Platz genommen. — Als Redner fortfahren will, wird ihm vom Präsidenten bemerkt, daß er das Gebiet einer persönlichen Aeußerung überschreite. Er constatirt daher nur noch, daß er bei den Wahlprüfungen nicht in seinem eigenen, sondern in dem Namen von 45,000 Württembergern gesprochen, die sich unterdrückt gelaubt.

Abg. v. Blandenburg: Der Herr Präsident hat den Abg. v. Hennig schon belehrt, daß meine Worte unmöglich so gemeint sein konnten, daß ich die Adresse als Schwindel bezeichnete. Ich habe über allrhand gesprochen (Gelächter), ich habe z. B. auch von dem nationalen Gedanken gesprochen, der bis über den Elbfuß hinausgeht und den kann ich ja mit meinem Schwindel gemeint haben. Herrn Bluntzschli bemerke ich, daß er mich über die lokalen Pflichten gegen meinen König und Herrn nicht aufmerksam zu machen hat; die kenne ich allein.

Abg. v. Hennig: Herrn v. Blandenburgs Worte waren gar nicht anders zu verstehen, als ich sie dochin aufgefaßt habe; ich constatire jetzt nur, daß Hr. v. Blandenburg selbst erklärt, er habe mit dem Ausdruck nichts sagen wollen; damit bin ich zufrieden. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schweiger: Es hat Herrn v. Blandenburg gefallen, in Folge

kerung zur Capitalbildung, zum Sparen, als Aufgabe des Vereins hinzustellen, wurde bestimmt, daß an der Dividende, welche für 1867 1 Thlr. pro Kopf betragen hat, nur die Theilnahme, welche während des ganzen Jahres regelmäßig ihre Beiträge von 1 Sgr. für die Woche eingezahlt haben, und daß für jeden voll eingezahlten Thaler 5 pCt. Zinsen gezahlt werden. Die Erfolge, welche der Verein durch die veränderte Richtung errungen hat, lassen sich aus den Zahlen ersehen, welche der Jahresbericht enthält. Die Zahl der Mitglieder ist danach, obwohl 241 theils ausschieden, theils ausgeschlossen wurden, auf 958 gestiegen, das Betriebscapital von 1700 Thlr. auf 5050 Thlr., das Mitglieder Guthaben auf 4575 Thlr., der Reservefond auf 500 Thlr.; der Geschäftsumsatz ist auf 56,388 Thlr. gestiegen, also in zwei Jahren um das Zwölfwache, obwohl die Waaren sehr erheblich billiger geworden sind. Dabei hat sich ein Reingewinn von 1225 Thlr. herausgestellt, während kein Verlust vorgekommen ist. Die Geschäftsaufwände mit Einschluß der Lantien an den Vorsteher, Geschäftsführer, Cassirer und Lagerhalter beliefen sich auf ungefähr 2700 Thlr., also auf ungefähr 5 1/2 pCt. — Im Vergleich mit den meisten Vereinen ähnlicher Art in Norddeutschland hat der hiesige Waareneinkaufverein einen sehr bedeutenden Aufschwung genommen, woran außer den von ihm ausgeübten Principien die umsichtige Leitung des Unternehmens das Hauptverdienst hat. Seitdem mit Einführung der neuen Statuten das Eintrittsgeld wieder auf 5 Sgr. und der Wochenbeitrag auf 1 Sgr. festgesetzt ist, hat die Zahl der Mitglieder sich vorzugsweise wieder aus den arbeitenden Klassen vermehrt, doch bilden auch jetzt den Hauptbestand derselben Handwerker und Beamte. Der Verein, welcher von Zeit zu Zeit einen gedruckten Preiscurant an seine Mitglieder ausgibt, vertreibt gegenwärtig 60 verschiedene Waaren, unter denen Seinstoffen und Petroleum und Brodt den stärksten Absatz haben.

8. Dhlau, 7. Mai. [Progymnasium.] Kein Gegenstand, und zwar mit vollem Rechte, hat unsere Stadt reger und dauernder beschäftigt, als unser Progymnasium. — Schon seit 1852 bestand eine höhere Lehranstalt, aber es wollte und wollte nicht gelingen, sie zu irgend einem Abschluß zu bringen und noch in der letzten Zeit handelte es sich darum, ob Realschule oder Progymnasium. Die städtischen Behörden entschieden sich aus praktischen Gründen schließlich für das letztere, und seit Ostern ist die Anstalt bis incl. Ober-Tertia in voller Thätigkeit. Die schwerste Arbeit dabei, die Wahl der Lehrer, ist zu Ende, und wie man sieht und hört recht glücklich. An der Spitze steht ein Mann, der durch seine gefälligen Umgangsformen (in einer Provinzialstadt von großem Werth) Alles um und um seine Kollegen für sich gewonnen hat und auch die andern Lehrer sind junge, kräftige und für ihren Beruf begeisterte Männer, die es gar wohl wissen, daß das Renommé der Anstalt lediglich in ihren Händen ruht. Unter diesen Umständen können wir der jungen Anstalt schon jetzt ein günstiges Prognostikon stellen; das Pro wird hoffentlich bald fallen, die Stadt weitere Opfer nicht scheuen und so ein vollständiges Gymnasium unserer Stadt einen Ehrenplatz unter den Städten der Provinz einräumen. Schon heute können wir die Anstalt Einheimischen und Auswärtigen aufrichtig empfehlen. Dhlau ist freundlich und gesund, die Pensionen sind gut und verhältnismäßig billig; die Klassen, insbesondere die oberen, noch schwach besetzt und so die besten Erfolge im Unterrichte, der Aufsicht und Erziehung verbürgt. Möge der Segen des Himmels stets über der Anstalt, malten und auf Lehrern und Schülern ruhen! — Daß auch die evangel. Mädchenschule erweitert und mit der Anstellung eines Rectores eine Selecta aufgesetzt wird, ist ein sehr lobens- und dankenswerther Fortschritt.

— r. Namslau, 6. Mai. [Wegeangelegenheit — Vieh- und Jahrmarkt.] Von unserem Breslauer Thor ab führt zwischen der Kaufmann J. C. Herrmannsen und der Brauereimeister Haselbach'schen Besetzung ein städtischer Privatweg in mehreren Krümmungen nach der Breslauer Vorstadt. Der eigentliche Fahrweg nach dieser Vorstadt und nach den hinter derselben liegenden Dörfern wendet sich hinter der ersten (Schloß-) Brücke, die Chaussee verlassend, rechts über die sog. Kiehlbrücke und muß nebst der Brücke vom Fiskus unterhalten werden. Die Regierung beabsichtigte die Cassirung dieses Weges und wollte dafür den ersten Weg entsprechend verbreitern und nebst den zwei kleinen Brüden unterhalten; leider aber haben einzelne Interessenten gegen die Cassirung des über die Kiehlbrücke führenden Weges Protest erhoben. Dagegen haben sich die sämtlichen Grundstücksbesitzer aus der Breslauer Vorstadt an die Regierung gewendet und gebeten, auf diesen Protest keine Rücksicht zu nehmen, vielmehr den bisherigen städtischen Privatweg als Fahrweg herstellen zu lassen und zur Unterstützung ihres Antrages haben sie folgende allerdings sehr gewichtige und alle Berücksichtigung verdienenden Gründe vorgebracht. Beide Wege werden von der Rechten Oderufer-Eisenbahn quer durchschnitten und es hat auf beiden sehr tief liegenden Wegen ein hoher Eisenbahndamm aufgetragen werden müssen, der wiederum die Anschaffung von hohen Rampen nöthig machte. Der Weg über die Kiehlbrücke ist hinter derselben, wo er zwischen Gärten binauftritt, so schmal, daß sich bisher dort kaum zwei Wagen ausweichen konnten. Durch den hohen Aufrag ist dieser Weg, weil er nicht breiter gelegt werden konnte, noch schmaler geworden, und er wird für den durch die Eisenbahn lebhafter werden Verkehr durchaus nicht ausreichen. Dagegen ist der ersichtliche städtische Privatweg weit kürzer und die Vorstädter gelangen auf demselben um so viel eher an das Breslauer Thor, von wo gradeaus der Weg in die Stadt, links die Chaussee nach Bernstadt führt und rechts ein dazwischen Weg nach dem Bahnhofs angelegt werden wird. Das Breslauer Thor liegt mit der Eisenbahn in gleicher Höhe; es darf daher die dazwischen liegende kleine Strecke dieses Weges nur entsprechende Anschaffung erhalten und die hohe Ueberfahrt über den Eisenbahndamm wäre gänzlich beseitigt. Mit der Verbreiterung dieses Weges ließe sich aber auch ganz leicht und ohne Ankauf von Terrain eine Grabelegung desselben verbinden, denn was die angrenzenden beiden Besitzher durch Abkneibung der Bögen an einer Stelle verlieren, gewinnen sie an einer andern Stelle wieder, und da der eine Besitzer die Commune Namslau selbst ist, welche die links des Weges liegende Wiese zur Erbauung der städtischen Gasanstalt acquirit hat, so ließe sich ein Ausgleich mit dem rechts grenzenden Besitzer Herrn Haselbach noch um so leichter erzielen. Durch diese Grabelegung würde der Weg aber noch kürzer und bequemer auch darum den Vorzug, daß er, selbst wenn er, wie bisher, nur als Privatweg benutzt wird, doch Gasbeleuchtung erhält, was sich mit dem weiteren Wege über die Kiehlbrücke nicht ermöglichen lassen wird. Endlich aber kommt an den bisherigen Privatweg, wo er von der Eisenbahn durchschnitten wird, ein Bahnwärterhaus und es würde hier bei guter Beleuchtung eine spezielle Beaufsichtigung des Fuhrwerks und der Fußgänger durch den Bahnwärter möglich, etwaigen Unfallsfällen also vorbeugen sein, während auf dem über die Kiehlbrücke führenden Wege die Eisenbahn-Barrieren voraussichtlich nur durch einen ab- und zugehenden Bahnbeamten werden geschlossen und geöffnet werden. Hieraus können für den Verkehr nicht nur lange Verzögerungen und Störungen, sondern auch sehr leicht für unsere, mit dem Eisenbahnverkehr noch nicht vertrauten Landleute Unglücksfälle entstehen. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Regierung alle diese Umstände berücksichtigt, den Weg über die Kiehlbrücke cassirt und dafür den bisherigen städtischen Privatweg breiter, graden und höher legen läßt. Es wäre dann gleichzeitig ein Zu- und Abfuhrweg für unsere städtische Gasanstalt geschaffen. — Zu dem vorgestrichen Viehmarkt waren aufgetrieben circa 140 Stück Ochsen, 600 Stück Rindvieh, 500 Stück Pferde, 650 Stück Schweine und 13 Stück Ziegen. Bei geringer Kauflust wurden hohe Preise bezahlt. Trotz guten Wetters war der gestrige Krammarkt sehr unbedeutend.

Δ Brieg, 4. Mai. [Bienenzüchter-Verein.] Die gestern abgehaltene Vereinsversammlung, mit welcher zugleich das diesjährige Stiftungsfest im „Vergel“ gefeiert wurde, bewies, daß trotz widriger Verhältnisse des vergangenen Jahres die Theilnahme an der Interei und dem hiesigen Vereine bedeutend im Wachsthum begriffen ist. Der Vorsitzende des Vereins, Lehrer Böber, begrüßte die zahlreichen Mitglieder und Gäste, zu welchen letzteren sich auch Pfarrer Dietz von aus Carlsmarkt gesellte. Pastor Schumacher berichtete über die neuesten Entdeckungen und Erfindungen auf dem Gebiet der bienenwirtschaftlichen Cultur, worauf dann der Vorsitzende eine Reihe von Anträgen zur Debatte brachte, welche dazu dienen sollen, die stete Erweiterung und Belebung des hiesigen Vereins zu fördern. Demnach beschloß die Versammlung: 1) den Anschluß des Vereins an den General-Bienenzüchter-Verein zu Breslau; 2) eine Districts-Eintheilung der Mitglieder und Ernennung von Hilfsrendanten in den Districten; 3) die Verlegung des Stiftungsfestes auf die Zeit Anfang Mai; 4) Abänderung resp. bestimmtere Fassung der §§ 3 und 16 der Statuten, dankte mehreren Mitgliedern für die zum Besten der Vereinskasse geschenkten Gegenstände und sprach durch den Vorsitzenden den Wunsch aus, daß der Verein recht bald in der Lage sein möge, in seinen Acten außer den Namen der Mitglieder auch die Namen von „Beförderern des Vereins“ aufführen zu können, welche durch Zahlung höherer Beiträge die Befreiungen desselben erleichtern unterstützen. Pfarrer Dietz von aus Carlsmarkt empfahl den Anbau von Trifolium hybridum als eine der vorzüglichsten Bienenweiden. Hierauf erfolgte durch Freilose eine Verlosung von apistischen Werken, Bienenstöden und bienenwirtschaftlichen Geräthen, welche große Lebhaftigkeit unter den Mitgliedern herbeiführte. Während des Festmahles, bei welchem Scherz und Sang wechselten, brachte der Vorsitzende einen Toast auf das Gedeihen des Vereins, dann auf Pfarrer

Dietz von aus, wobei er, dessen unsterbliche Verdienste um die Bienenzucht hervorhebend, denselben im Namen des Vereins eruchte, die Ehrenmitgliedschaft des Vereins anzunehmen. Dankend nahm Dietz von aus Anerbieten entgegen. Gegen 9 Uhr Abends mahnte nach mehr als sechsständiger Sitzung die vorgerückte Zeit die auswärtigen Anwesenden zum Aufbruch.

Eisenbahn-Zeitung.

N. [Das Bahnproject Posen-Distrowo-Kalis.] Nach der Posener „Nebenzeitung“ hat sich ein Comité gebildet für das Bahnproject von Kalis über Distrowo-Melchen-Jarocin-Neustadt-Schroba nach Polen. Man scheint dabei aber die finanziellen und commerciellen Verhältnisse noch wenig oder gar nicht in Betracht gezogen zu haben. Es sei mir daher vergönnt, dieses Project von Jarocin aus einer nähern Beleuchtung zu unterwerfen. — Bei Ausführung der Bahn von Jarocin über Neustadt und Schroba müßte in Neustadt unbedingt, und wahrscheinlich auch in Posen die Warthe überbrückt werden, und ist das Terrain auf dieser Strecke ein sehr ungleiches, durch die fortwährenden Abwechslungen von Höhen und Thälern einerseits und andererseits würde das jährliche Austreten der Warthe bei Neustadt große und bedeutende Wälle und Dämme nöthig machen. Dies Alles könnte vermieden werden, wenn man die Bahnlinie von Jarocin aus über Schrimm nach Mohsin zöge. Ersteres wären keine Brücken über die Warthe nöthig (die Bahn bliebe auf dem linken Wartheufer), ferner keine solche Dämme und Wälle, denn die Linie fährt meistens in der Höhe fort; und dann würde die Baustraße durch das Einmünden in die Ober-Schlesische Bahn in Mohsin auch bedeutend über eine Meile abgekürzt. — Die dadurch entstehende Ersparnis ist sicher auf 2 Millionen Thaler zu veranschlagen, ganz abgesehen davon, daß Schrimm in commercieller Hinsicht gegen Schroba und Neustadt gar nicht in Vergleich zu bringen ist. — Hat man beim Bau der Posen-Ober-Schlesischen Bahn damals Schrimm ganz übersehen, so wäre es nur recht und billig, wenn bei Ausführung des Bahnprojectes von Kalis über Distrowo, Melchen, Jarocin nach Posen man diesmal bei so klarliegenden Vorteilen und Ersparnissen die Linie über Schrimm nach Mohsin führte. — Es wäre gewiß sehr wünschenswerth, von Seiten der Eisenbahn-Baugesellschaften und staatlichen Behörden dies beregte Project näher ins Auge zu fassen und einer genaueren Erwägung zu unterziehen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 6 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 7. Mai 10 U. Ab.	332,35	+6,3	SD. 1.	Heiter.
8. Mai 6 U. Mra.	332,38	+6,0	SD. 1.	Heiter.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.
Paris, 7. Mai. Wie in Deputirtenkreisen verlautet, ist zwischen der Budgetcommission und der Regierung noch über verschiedene Fragen keine Einigung erzielt worden. Dabin gehören die von der Regierung geforderten Gehalts erhöhungen für die Admirale und Generale; ferner die Zahl der neu anzufertigenden Gewehre, welche die Commission von 1,600,000 auf 1,200,000 reducirt wissen will.

Graf Müllner, Botschaftsrath bei der hiesigen österreichischen Botschaft, geht als österreichischer Gesandter nach Stockholm. Derselbe war anfänglich für den Gesandtschaftsposten in Bern bestimmt gewesen.

Paris, 7. Mai. „Epoque“ versichert, zwei Fregatten hätten Befehl erhalten, sich zur Abfahrt nach Tunis bereit zu machen. — Dasselbe Journal bestätigt, daß die Garantiemächte Rumäniens auf eine Schadloshaltung der durch die jüngsten Ereignisse betroffenen Israeliten gedrungen hätten, und glaubt zu wissen, daß diese Forderung mit der nöthigen Energie verfolgt werden wird.

Paris, 7. Mai. „France“ demotirt die Nachricht, daß die noch in Frankreich sich aufhaltenden Mitglieder der sogen. Welfenlegion der algerischen Fremdenlegion einverleibt werden würden. — Gutem Vernehmen nach sind die Differenzen zwischen Frankreich und Tunis jetzt auf dem Wege der Ausgleichung; von der Absendung von Kriegsschiffen nach Tunis ist vorläufig wieder Abstand genommen.

Die Mittheilung, daß der neu ernannte russische Botschafter Graf Stackelberg erst nächsten Monat hier eintreffen werde, bestätigt sich nicht; derselbe wird bereits heute erwartet.

London, 7. Mai. Unterhaus. Die zweite und dritte Resolution Gladstones wurden in der heutigen Sitzung angenommen, nachdem der Staatssecretär des Inneren Namens des Ministeriums erklärt hatte, daß die Regierung den Resolutionen ihre Zustimmung versage.

Kopenhagen, 7. Mai. Die Mittheilung des „Dagstelegraphen“ betreffend eine eventuelle Heirath des Kronprinzen mit der Prinzessin Louise von England wird von der „Berlingske Tidende“ als jeden Grundes entbehrend demotirt.

Haag, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer machte der Minister des Innern die Mittheilung, daß der Vorsitzende der zweiten Kammer, van Reenen, vom König mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt sei.

Ufen, 2. Mai. Die Ernteaussichten sind vortreflich.
Konstantinopel, 2. Mai. Die österreichischen Erzherzöge sind von hier abgereist und kehren über Varna, die Donau hinauf, nach ihrer Heimath zurück. — Der Kriegsminister wird nächstens die Garnisonen in Bulgarien und Bosnien, sowie an der griechischen Grenze in deren gansen Ausdehnung inspiciere. — Der Patriarch von Konstantinopel, Volgera, brachte dem Sultan seinen Dank für die gütige Behandlung der Christen dar.
Smyna, 2. Mai. Die Herzöge von Modena und Parma sind gestern nach Alexandrien abgereist.

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)
Paris, 7. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Träge. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92 1/2 gemeldet. — Schluß-Course: 5proc. Rente 69, 20 — 69, 22 1/2. Italien. 5proc. Rente 48, 60. Oester. Staats-Eisenbahn-Actien 58, 75, dito ältere Prioritäten 258, 50, dito. neuere Prioritäten 255, 50. Credit-Mobil-Actien 210, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 363, 75. Prioritäten 213, 75. 6proc. Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 80.
Paris 7. Mai, Nachm. 1 Uhr. 45 M. [Wantausweis.] Vermehrt: Waarvorrath um 13 1/2, laufende Rechnungen der Privatbank um 8 1/2 Millionen Francs. Vermindert: Portfeuille um 46 1/2, Vorkasse auf Werthpapiere 1/2, Notenumlauf um 46 1/2, Guthaben des Staatschatzes um 1/2 Millionen Francs.
London, 7. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 1/2. 5proc. Spanier 35 1/2. Italien. 5proc. Rente 43 1/2. Lombarden excl. Div. 14 1/2. Mexicaner 15 1/2. 5proc. Russen 84. Neue Russen 83 1/2. Silber 60 1/2. Türkische Anleihe von 1865 34 1/2. 6proc. Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 70 1/2.
London, 7. Mai, Abends. [Wantausweis.] Notenumlauf 24,454,885 (Zunahme 303,780) Waarvorrath 20,402,992 (Abnahme 229,894), Notenreserve 9,779,280 (Abnahme 457,085) Pfd. Sterl.
Frankfurt a. M., 7. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101 1/2. Oesterreichische National-Anleihe 53. 6 1/2 proc. Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 75 1/2. Deutsche Ludwigsbahn 135. Bayerische Prämien-Anleihe 99 1/2. 1854er Loose 64 B. 1864er Loose 70 1/2. 1864er Loose 86. Ober-Schlesische 74 1/2. — Matt. Nach Schluß der Börse: Creditactien 188 1/2, Staatsbahn 261 1/2. Flau.
Frankfurt a. M., 7. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Besser, belangloses Geschäft. Americaner 75 1/2. Credit-Actien 189 1/2. Steuerfreie Anleihe 49 1/2. 1866er Loose 70 1/2. Badische Loose 52 1/2.
Wien, 7. Mai. Petroleum steigend. Standard white, loco 5 1/2. 40. Staatsbahn 257, 80. 1860er Loose 84, 70. 1864er Loose 84, 35. Steuerfreie Anleihe —. Böhmische Westbahn —. Elisabethbahn —. Galizier 202, 40. Lombarden 170, 20. Napoleons'or 9, 33 1/2. Ungarische Creditactien —.
Hamburg, 7. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 88. Rair-nal-Anleihe 54 1/2. Oester. Credit-Actien 80. Oesterreichische 1860er Loose 69 1/2. Staatsbahn 551 1/2.

Bombarden 362 1/2. Italienische Rente 46 1/2. Vereinsbank 111 1/2. Norddeutsche Bank 119 1/2. Rhein. Bahn 117. Nordbahn 96 1/2. Altona-Riel 110 1/2. Finnländische Anleihe 79 1/2. 1864er Russische Prämien-Anleihe 104 1/2. 1866er Russische Prämien-Anleihe 102 1/2. 6proc. Verein-St.-Anleihe pr. 1882 69 1/2. Disconto 2 1/2 pCt. — Bestimmt. Baluten matt.
Gamburg, 7. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco stille, auf Termine höher. Weizen pr. Mai 54,00 Pfd. netto 173 Bantohaler Br., 172 Gld., pr. Mai-Juni 169 Br. und Gld., pr. Juli-August 160 Br., 159 1/2 Gld. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 122 Br., 121 Gld., pr. Mai-Juni 117 Br. u. Gld., pr. Juli-August 109 Br. und Gld. Hafer stille. Rüböl fester, loco 21 1/2, pr. Mai 21 1/2, per October 22 1/2. Spiritus fest, 28. Raffee rubig. Zink sehr stille. Petroleum rapide steigend, Preise irregulär, Juni-Abladung circa 10,000 Barrels verlauffen. — Sehr schönes Wetter.
Liverpool, 7. Mai, Mittags. Baumwolle: 6—7000 Ballen Umsatz. Rubig. New-Orleans 12 1/2. Georgia 12 1/2. Fair Dhollerah 10 1/2. Middling fair Dhollerah 10 1/2. Good middling Dhollerah 10. Bengal 10. Good fair Bengal —. Fine Bengal —. New fair Domra 11 1/2. Good fair Domra 11 1/2. Bernam 12 1/2. Egyptische 13 1/2. Smyrna 11. Orleans schwimmend 12 1/2. Schwimmende Amerikaner —. Savannah —. Mobile —. Domra April-Verlieferung —.
7. Mai. (Schlußbericht.) Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stimmung sehr flau. Preise ungefähr 1/4 d. niedriger.
Paris, 7. Mai, Nachm. Rüböl pr. Mai 91, 25, pr. Juli-August 91, 50, pr. Sept.-December 91, 50 Baiffe. Mehl pr. Mai 91, 50, pr. Juli-August 84, 25. Spiritus pr. Mai 85, 00.
Antwerpen, 7. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Fest. Raffinirtes, Type weiß, loco 45 1/2, schwimmend 44 1/2, pr. September 51, pr. October-December 52.

Berliner Börse vom 7. Mai 1868.

Fonds und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Freiw. Staats-Anl.	141 1/2	191 1/2	bs.
Staats-Anl. von 1869 5	103 1/2	bs.	
dito 1854, 65, 41 1/2	95 1/2	G.	
dito 1857, 59, 41 1/2	95 1/2	bs.	
dito 1856, 41 1/2	95 1/2	bs.	
dito 1864, 41 1/2	95 1/2	bs.	
dito 1867, 41 1/2	95 1/2	bs.	
dito 1860, 52, 4	88 1/2	bs.	
dito 1863, 4	88 1/2	bs.	
Staats-Schuldscheine 3 1/2	114 1/2	bs.	
Präm.-Anl. von 1855 3 1/2	116 1/2	bs.	
Berliner Stadt-Ob. lig. 4 1/2	97 1/2	bs.	
Kur-u. Neumark. 3 1/2	77 1/2	bs.	
Pommersche	3 1/2	75 1/2	bs.
ditto	3 1/2	—	—
ditto	3 1/2	—	—
ditto	3 1/2	—	—
Schlesische	3 1/2	85 1/2	bs.
Kur-u. Neumark. 4	80 1/2	G.	
Pommersche	4	80 1/2	G.
Possensche	4	80 1/2	G.
Westph. u. Rhein. 4	81 1/2	G.	
Schlesische	4	82 1/2	G.
Schlesische	4	81 1/2	G.
Louis'or 112 1/2, bz. 108, 87 1/2	bs.		
Goldk. 9, 1 1/2	bs.	Russ. Blk. 83 1/2	b.
Ausländische Fonds.			
Oesterr. Metalliques 5	48 1/2	G.	
ditto Nat.-Anl. 5	64 1/2	G.	
ditto Lot.-A. 60 5	70 1/2	bs.	
ditto dito 64	49 1/2	bs.	
ditto 64er Pr.-A. 4	66 1/2	et. bs.	
ditto Eisen-L. 1	76 1/2	et. bs.	
Ital. neue 5proc. Anl. 5	47 1/2	bs.	
Baus. Engl. Anl. 1863 5	84 1/2	bs.	
ditto Poln.-Sch.-Ob. 4	66 1/2	bs.	
Poln.-Pfundr. III. Em. 4	63 1/2	bs.	
ditto Liq.-Pfundr. 4	64 1/2	bs.	
Poln. Obl. a 500 Fl. 4	97 G.		
ditto a 300 Fl. 5	91 1/2	bs.	
Kurshe. 40 Thir. Obl. 1	66 et. bs. F.		
Baden. 35 Fl. Loose 1	29 1/2	et. bs. F.	
Amerikan. St.-Anl. 6	76 1/2	bs.	
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg.-Märkische	44 1/2	26 B.	
ditto	11, 41 1/2	104 G.	
ditto	14, 41 1/2	94 1/2 G.	
ditto III. v. St. 3 1/2	3 1/2	78 G.	
Poln.-Minden	41 1/2	97 G.	
ditto	11, 5	102 1/2	bs. B.
ditto	4	84 G.	
ditto	11, 4	83 1/2	G.
ditto	4 1/2	83 1/2	G.
ditto	11, 4	83 1/2	G.
ditto	4	83 1/2	bs.
ditto	4	82 1/2	bs.
ditto III. Em. 4	90 1/2	G.	
ditto IV. Em. 4	85 1/2	G.	
Jal. Ludwigsb.	5	82 1/2	G.
Nieder-Schl.-Märk.	4	87 1/2	G.
ditto conv. 4	87 1/2	G.	
ditto III. 4	84 1/2	G.	
ditto IV. 4 1/2	94 1/2	G.	
ditto	4 1/2	99 1/2	B.
Niedschl. Zw. 1/2, L. O. 5	99 1/2	B.	
Oberschles. A.	4	—	—
ditto B. 3 1/2	77 1/2	bs. G.	
ditto C. 4	85 1/2	bs. G.	
ditto D. 4	85 1/2	bs. G.	
ditto E. 3 1/2	77 1/2	bs. G.	
ditto F. 4 1/2	83 1/2	G.	
ditto G. 4 1/2	92 1/2	G.	
Oesterr.-Franz.	3	259 1/2	bs.
Oesterr. südl. St.-B. 3	213	bs. G.	
Rhein- u. St. gar. 4 1/2	96 G.		
Rhein-Naho-B. gar. 4 1/2	92 1/2	G.	
Wechsel-Course.			
Amsterdam 250 Fl.	107, 143 1/2	bs.	
ditto	2 M. 151 1/2	bs.	
Hamburg 300 M.	8	107 1/2	G.
ditto	2 M. 151	bs.	
London 1 Lstr.	3 M. 6, 23 1/2	bs.	
Paris 300 Frs.	2 M. 81	bs.	
Wien 100 Fl.	8 T. 87 1/2	bs.	
ditto	2 M. 86 1/2	bs.	
Angsbarg 100 Fl.	2 M. 56, 26	bs.	
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 99 1/2	G.	
ditto	2 M. 99 1/2	G.	
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M. 56, 28	bs.	
Petersburg 100 S.-R.	3 W. 92 1/2	bs.	
ditto	3 M. 92	bs.	
Warschau 20 S.-R.	3 T. 84 1/2	bs.	
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T. 111 1/2	bs.	
Berlin, 7. Mai. Weizen loco 84—106 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität. — Roggen loco 76—80 Pfd. 61—65 Thlr. pro 2000 Pfd. nach ab Ruhn und Bahn bez. — Rüböl loco 10 1/2 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 19 1/2 — 1/2 Thlr. bez., pro Mai und Juni 19 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 19 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Juli-Aug. 19 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Sept.-Oct. 19 1/2 — 20 1/2 — 20 1/2 Thlr. bez.			
# Breslau, 8. Mai. Bei sehr beschränktem Geschäftsverlehr haben sich Getreidepreise am heutigen Markte schwerverfällt behauptet. Weizen preisbehaltend, pr. 84 Pfd. schief weißer 102—118 Sgr., gelber 101—116 Sgr., feinsther 1—2 Sgr. über Notiz. — Roggen war behauptet, 34 Pfd. schief, 74—80 Sgr., fremder 70—78 Sgr., feinsther über Notiz. — Gerste wenig Umsatz, pr. 74 Pfd. gelbe 57—51 Sgr., helle 60—62 Sgr., weiße 63—65 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Hafer matte Stimmung, pr. 50 Pfd. 37—40 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen ohne Beachtung. — Wicken vernachlässigt, pr. 90 Pfd. 45—58 Sgr. — Delfaaten wenig Umsatz. — Lupinen wenig beachtet, pr. 90 Pfd. gelbe 40—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bahnen ohne Käufer, pr. 90 Pfd. 92—100 Sgr. — Schlägeln preisbehaltend. — Kapstücken officiell, schlesische 59—61 Sgr., fremde 50—55 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kultur) 72—75 Sgr. pr. Ctr.			
Sgr. pr. Schfl. Sgr. pr. Sad à 150 Pfd. Brutto.			
Weißer Weizen	103—113—118	Schlag-Weintraut	165—195—206
Gelber Weizen	101—112—116	Winter-Raps	174—185—195
Roggen } schlesischer	74—77—80	Winter-Rabien	164—175—185
Roggen } fremder	70—74—76	Sommer-Rabien	150—160—170
Gerste	58—60—65	Leindotter	145—155—165
Hafer	37—39—40		
Erbsen	64—70—75		
Kleeaat stilles Geschäft, Preise nominell, rothe in matter Haltung, 10—11—12—14 Thlr. pr. Ctr., hochseine über Notiz, weiße wenig Umsatz, 12—15—19—21 Thlr. pr. Ctr., hochseine über Notiz.			
Lymothee angeboten, 5—6—7 Thlr. pr. Ctr.			
Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. 32—45 Sgr., Meke 1 1/2—2 1/2 Sgr.			
Die Beeridigung			
unseres Vereins-Mitgliedes Herrn Raphael Cohn findet heute Nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, Klosterstraße 86, aus auf dem jüdischen Begräbniß-Platz statt.			
Der Vorstand des Turnvereins, „Vorwärts“.			
Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.			
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.			